

## Das Thema

### Imperialismus: Offensive oder Defensive?



Der Fragestellung dieses Heftes – *Imperialismus: Offensive oder Defensive?* – gehen für „Konsequent“ Wissenschaftler aus der DDR, der BRD und Westberlin nach.\* Prof. Dr. Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Dr. Jürgen Reusch, stellvertretender Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), und Dr. Jörg Goldberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IMSF, sowie Dr. habil. Robert Katzenstein, Westberlin, legten wir folgende Fragen vor:

1. Nachdem es in den 70er Jahren auf der Grundlage eines annähernden militärischen Gleichgewichts zwischen Kapitalismus und Sozialismus möglich war, dem Imperialismus in wesentlichen Bereichen der Systemauseinandersetzung „zivile“ Formen der Auseinandersetzung aufzuzwingen, ist dieser seitdem unter Konzentration und Mobilisierung gewaltiger Kräfte zu einem Kurs der direkten Konfrontation übergegangen, ein Kurs, der an die Stelle des Handelskriegs, an die Stelle der Verhandlung politisch strittiger Fragen die militärische Intervention und an die Stelle der Entspannungspolitik die Hochrüstung setzt. Wie ist dieser Versuch des Imperialismus, verlorengegangenen Spielraum auf politischem, sozialem und ökonomischem Gebiet wiederzuerlangen, einzuschätzen, welche Möglichkeiten eröffnen sich ihm und welche Grenzen sind ihm gesetzt?
2. Die sozialökonomische Entwicklung in den imperialistischen Hauptländern ist in den 80er Jahren gekennzeichnet durch geringes Wirtschaftswachstum, fortdauernde Strukturkrisen und hohe Staatsverschuldung einerseits, durch anhaltende hohe und sogar noch steigende Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau andererseits. Der dadurch entstandene Druck auf die Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen hat zu einer Verschlechterung ihrer Existenz- und Kampfbedingungen geführt. Welche Hauptprobleme und Hauptaufgaben stellen sich in diesem Zusammenhang in den Klassenkämpfen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre?
3. Hochrüstungspolitik, Konfrontationskurs, militärische Abenteuer und Handelskrieg von seiten des Imperialismus schränken auch die Möglichkeiten des Sozialismus zu einer noch rascheren Entfaltung seiner Vorzüge ein und auferlegen den jungen Nationalstaaten, die den Weg zum Sozialismus gehen wollen, schwere Lasten. Worin besteht die Gewißheit, daß der Sozialismus diesen Herausforderungen stets gewachsen sein wird bei gleichzeitiger Höherentwicklung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse?

# Das Wasser hindern, bergab zu fließen

*Robert Katzenstein*

## **Zur 1. Frage**

Die Frage ist darauf gerichtet, welchen politischen, sozialen und ökonomischen Spielraum der Imperialismus durch seine Politik der Stärke und der Konfrontation erlangen kann. Antwort: Keinen! Daraus folgt allerdings auch gerade die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Konfrontationspolitik insbesondere des US-Imperialismus. Die Aggressivität dieser Politik, ihr Einschwenken auf die militärische Konfrontation, auf begrenzte Kriege usw., beruht ja gerade darauf, daß der politische, soziale und ökonomische Spielraum des Imperialismus zunehmend eingeengt worden ist. Politisch und sozial hat

er kaum noch Manövrierraum. Er hat sich in hohem Maße isoliert.

Ökonomisch hat der Imperialismus sicherlich noch mehr Bewegungsspielraum, weil er da über beachtliche Kräfte verfügt. Aber in bezug auf seine politischen und sozialen Möglichkeiten hilft ihm seine ökonomische Stärke wenig, allenfalls begrenzt, zeitweilig, weil er sich, seinem Charakter entsprechend, mit den reaktionärsten Kräften in der Welt verbindet, die jede Entwicklung bremsen, sich jedem Fortschritt entgegenstemmen. Das schafft keinen Bewegungsraum. Deshalb aber auch der Versuch, sich diesen Raum gewaltsam zu erobern. Die Gefährlichkeit dieser Gewaltpolitik wächst, weil infolge seiner Verbindung mit den reaktionärsten Kräften in der Welt und der Unterbindung jeder Entwicklungsmöglichkeiten für die beherrschten Klassen und Schichten auch scheinbar feste Positionen des Imperialismus bröckeln, die er gerade als Damm gegen den sozialen Fortschritt errichtet hat. Zum Beispiel die Herrschaft Pinochets in Chile.

Dieses Abbröckeln der politischen und sozialen Positionen des Imperialismus ist gesetzmäßig, weil die Menschen leben, atmen und sich entwickeln wollen und der Imperialismus ihnen die Möglichkeit dazu nimmt. Das kann nicht gutgehen. Es ist, als wollte er das Wasser daran hindern, bergab zu fließen. Politisch und sozial kann der Imperialismus also seinen früheren Bewegungsraum nicht wiedergewinnen. Im Gegenteil. Was immer er tut, um verlorenes Terrain zurückzuerobern, er engt dadurch seinen politischen und sozialen Spielraum weiter ein – von kurzfristigen Luftlöchern abgesehen. Anders könnte es nur sein, wenn er seinen Charakter ändert, aber dann wäre er kein Imperialismus mehr.

Ökonomisch liegen die Dinge ähnlich. Sicherlich ist der Imperialismus ökonomisch sehr stark. Man sollte das nicht unterschätzen. Sein Ausbeutungsfeld umfaßt nach wie vor noch fast zwei Drittel der Welt. Aber die Widersprüche, die seine ökonomische Entfaltung bestimmen, halten ihn in der Krise.

Es gibt zwar eine ganze Reihe gesellschaftlicher Bedürfnisse, deren Befriedigung einen neuen Aufschwung garantieren könnte, aber die grundlegenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich die ökonomische Entwicklung in diesem System vollzieht, verhindern, daß diese Bedürfnisse ihre Wirkung als Triebkraft ökonomischen Aufschwungs entfalten können. Ich will nur einige Beispiele bringen: Eine Umstrukturierung der industriellen Produktion wäre notwendig. An die Stelle niedergehender müßten zukunftssträchtige Zweige treten. Diese zukunftssträchtigen Bereiche, wie umweltschützende oder energetische Techniken, bilden aber noch keinen profitträchtigen Markt, also auch keine Anlagesphäre für das Kapital.

Es wäre möglich, die besonders von der Krise betroffenen Zweige, wie die Stahlindustrie, das Bauwesen etc., schnell wieder auszulasten, wenn man in den Entwicklungsländern wirklich dringend benötigte Infrastrukturen – Straßen, Bahnen, Kommunikationslinien, Wasserversorgung usw. – bauen würde. Die Auslastung wäre auf Jahre hinaus möglich, und die Entwicklungsländer erhielten eine echte Entwicklungsbasis. Der Hunger in diesen Ländern könnte beseitigt werden. Aber der Imperialismus macht diese Länder zahlungsunfähig – durch ungünstige Preisrelationen für ihre Waren, steigende Zinslasten usw. Er verkauft ihnen Weizen auf Kredit, statt ihnen dabei zu helfen, selbst alle Voraussetzungen für gute Ernten zu schaffen. Das geht: die Fruchtbarmachung von Wüsten in der Sowjetunion und anderen Ländern zeigt es. Der Weizen ist schnell verbraucht, aber die Kredite bleiben und die Zinslasten steigen. Die Länder werden zahlungsunfähig und fallen als Märkte aus. Billige Rohstoff- oder Bananen- oder Kaffeepreise bringen den rohstoffverbrauchenden oder fruchtverarbeitenden Konzernen enorme Gewinne, aber sie schneiden den Entwicklungsländern die Zahlungsfähigkeit ab, schalten sie als Exportmärkte für andere Industrien aus, entziehen ihnen die Anlagemittel und hindern sie so drastisch in ihrer Entwicklung. Das ist überhaupt typisch für den Kapitalismus: Das individuelle Profitinteresse der kapitalistischen Unternehmer erweist sich für die Gesellschaft als schädlich. Ich möchte das hier nicht weiter ausführen. Sicher ist jedoch: Würden die Außenhandelspreise gerechter reguliert, so hätten einige Konzerne zwar weniger Gewinn, aber es gäbe weniger Arbeitslosigkeit

hier und bald keinen Hunger mehr dort. Der Bedarf der Entwicklungsländer würde genau die Bereiche abdecken, die weltweit in den imperialistischen Ländern im Niedergang sind oder unter Auftragsmangel leiden. Auch hierfür gibt es den Beleg: Nach Bildung der OPEC war es der Bedarf der erdölfördernden Länder, der in der BRD wie in den USA oder Frankreich die Auftragsbücher gefüllt hat.

Natürlich bliebe trotzdem die Umstrukturierung der Industrie notwendig, denn die Entwicklungsländer wollen selbst das produzieren, was sie produzieren können. Stahlindustrie und Bauwesen etc. müßten also immer auf den Binnenbedarf ausgerichtet werden. Aber dieser Prozeß könnte zeitlich so gestreckt werden, daß er sich ohne Arbeitslosigkeit vollziehen kann. In den hochindustrialisierten imperialistischen Staaten macht sich der Widerspruch genauso geltend: Für den individuellen kapitalistischen Unternehmer ist beispielsweise der Arbeitslohn ein Kostenfaktor, den er um des Profits willen niedrig halten muß. Gesellschaftlich gesehen sind die Arbeitslöhne aber ein Marktfaktor, zahlungsfähige Nachfrage auf dem Markt, und ihr Sinken bedeutet, daß der Markt sich verengt, also wirtschaftliche Probleme, letzten Endes Krise. In der Krise ist der Druck auf den Profit überdies noch besonders groß und folglich auch der Drang der kapitalistischen Unternehmer nach Rationalisierung, um Leute entlassen und die Lohnsumme senken zu können. Ich brauche das nicht weiter auszuführen, das spürt heute jeder Werktätige täglich in dieser oder jener Form am eigenen Leib.

Im Imperialismus, im monopolistischen Kapitalismus also, kommt noch hinzu, daß die großen Unternehmen sich nicht mehr preislich dem Markt anpassen, um dadurch einen besseren Absatz und so wieder mehr Profit zu erzielen, sondern sie senken die Produktion und erhöhen die Preise und erreichen so den gleichen Zweck. Ganze Unternehmensteile werden stillgelegt, Arbeitsplätze vernichtet, folglich Arbeitslöhne und Betriebskosten eingespart und dennoch durch die Preiserhöhungen der Profit auf respektabler Höhe gehalten. Individuell machen die Konzerne so nach wie vor ihren Profit, gesellschaftlich gesehen aber verstärkt sich die Krise durch sinkende Nachfrage der Arbeiter nach Konsumgütern und der Betriebe nach Rohstoffen etc. Diese Art der individuellen Krisenbewältigung ist übrigens ein für den Monopolkapitalismus typisches Moment. Das Monopol beschneidet die sogenannten „Selbstheilungskräfte der Wirtschaft“ so erheblich, daß auf die Krise im Imperialismus nicht mehr, wie zuvor, die Belebung und dann der Aufschwung folgen, sondern eine langandauernde Stagnation. Auch ökonomisch wird somit durch die neue Aggressivität des Imperialismus sein Spielraum nicht erweitert, sondern es ergeben sich daraus notwendig neue ökonomische, politische und soziale Konflikte; national wie international.

## **Zur 2. Frage**

Bei meiner Antwort auf die Frage nach den Hauptaufgaben im Klassenkampf in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kann ich gleich an das Gesagte anknüpfen.

Wenn die neue Aggressivität des Imperialismus daraus entspringt, daß sich sein Spielraum zunehmend eingeengt hat und sich trotz und wegen seiner Aggressivität und Konfrontationspolitik weiter einengen muß, dann folgt daraus, daß er überaus gefährlich wird, wenn erst einmal die Illusion verfliegt, daß der neue kalte Krieg, die neue Spirale im Wettrüsten ihm irgendwo und irgendwie Luft und neuen Auftrieb verschaffen könnte. Das ist dann der Punkt, an dem die Gefahr besteht, daß der kalte in den heißen Krieg umschlägt, weil sich der Imperialismus militärisch in einer Vorteilsposition wähnt und höchstes Risiko auf sich nimmt, um mit dem „Bösen“ ein für allemal Schluß zu machen. Eine Hauptaufgabe wird deshalb der Kampf um Frieden und Abrüstung sein. Man muß den Imperialismus zum Frieden und vor allem zur Abrüstung zwingen, denn erst wenn ihm die materielle Basis für einen Krieg genommen ist, ist die Gefahr wirklich beseitigt.

Das wird zwar sehr viel Anstrengungen kosten, aber die Erfolgsaussichten sind nicht schlecht. Gerade die zunehmende Aggressivität des Imperialismus, seine Brutalität, Heuchelei, Gefährlichkeit, der abenteuerliche Charakter seiner Politik wecken Kräfte

gegen ihn. Die Friedensbewegung, von der Aggressivität des Imperialismus und der Gefahr, die sie mit sich bringt, hervorgerufen und durch sie stetig breitere Kreise erfassend, ist ja selbst Ausdruck der zunehmenden Einengung des politischen und sozialen Spielraums des Imperialismus. Sie muß erreichen, daß ihm die Basis für einen Amoklauf in den Krieg entzogen wird. Sie kann es erreichen, weil jede Umdrehung der Konfrontationsschraube mehr Menschen in die Front gegen ihn einreißt. Man darf sich jedoch keine Illusionen machen: Es wird harte und beständige Arbeit kosten, aber ohne Friedenswille, Rüstungsstopp und schließlich Abrüstung gibt es keinen gesicherten Frieden.

Die zweite Hauptaufgabe liegt in der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geht es natürlich ganz wesentlich darum, Arbeitsplätze zu schaffen, geht es um die Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen bei dieser Aufgabe. Dieser Kampf hat aber auch eine darüber hinausgehende Bedeutung. Zunächst einmal eine konjunkturpolitische von großer Wichtigkeit. Im Gegensatz zum Profitinteresse der kapitalistischen Unternehmer stimmen nämlich die individuellen Interessen der Werktätigen und die gesellschaftlichen Interessen überein. Im Gegensatz zum Profitinteresse, das den individuellen kapitalistischen Unternehmern Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau diktiert, ohne ausgleichende Wirkungen auf gesellschaftlicher Ebene hervorbringen, zielt das individuelle Interesse der Lohnabhängigen an kürzerer Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf eine Ausweitung der Beschäftigtenzahl und damit der gesellschaftlichen Gesamtlohnsumme. Der Markt wird folglich breiter, der Absatz belebt sich. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bringt also Triebkräfte konjunktureller Erholung zur Wirksamkeit, statt sie einzuschränken, wie dies das Unternehmerinteresse tut. Sie entspricht den gesellschaftlichen Interessen. Diese Übereinstimmung der Interessen der Lohnabhängigen und der Gesellschaft gilt übrigens generell, wenn man die Werktätigen in ihrer Gesamtheit nimmt; bei einzelnen Gruppeninteressen kann es dagegen Abweichungen geben. Deswegen muß man die Interessen der Lohnabhängigen durchsetzen. Da die Werktätigen – anders als die Unternehmer – keinen unmittelbaren Einfluß auf das Geschehen in Politik und Wirtschaft haben, können auch die gesellschaftlichen Interessen – etwa einer wirksamen Konjunkturpolitik – nur verwirklicht werden, indem die Lohnabhängigen ihren eigenen Interessen konsequent Geltung verschaffen. Es geht bei dem Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich also auch darum, gesellschaftliche Interessen zu verteidigen. Und um die Mitbestimmung der Werktätigen darüber, wessen Interessen die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen sollen. Diese Mitbestimmung kommt ihnen, ihrer grundlegenden Stellung in der Gesellschaft nach, auch zu.

Die dritte Hauptaufgabe wird der Kampf um die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen und um die Rechte der Gewerkschaften sein. Beide, Kampf um Frieden und Abrüstung und Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, fordern die Konzerne heraus, weil es insbesondere deren Interessen sind, die den gesellschaftlichen Interessen entgegengesetzt sind. Sie und die ultrakonservativen Kräfte hierzulande werden alle Mittel daransetzen, den Kampf für sich zu entscheiden. Sie werden also alles tun, um die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften zu schwächen, in ihren Rechten zu beschneiden, sie sich wieder unterzuordnen. Die kurze Zeit der CDU/FDP-Regierung hat schon erkennen lassen, was da zu erwarten ist.

### **Zur 3. Frage**

Zur dritten Frage kann ich nur allgemein antworten, weil ich natürlich von Westberlin aus die ökonomischen Probleme nicht exakt einschätzen kann, die sich aus der Aggressivität des Imperialismus für die sozialistischen Staaten ergeben. Außer Frage steht, daß sich aus einem neuen Wettrüsten auch für die sozialistischen Staaten beträchtliche

ökonomische Belastungen ergeben werden. Diese Belastungen dürften aber kaum so groß sein, daß diese Staaten ihnen nicht gewachsen wären. Einige Gründe kann man kurz umreißen.

Erstens geht man bei der Einschätzung der Belastungen hierzulande immer davon aus, daß sie für Imperialismus und Sozialismus gleich hoch sein werden. Das ist eine Fehleinschätzung. Die Politik der sozialistischen Staaten ist grundsätzlich anders als die der imperialistischen, und das schlägt sich auch auf der Kostenseite nieder.

Die Sowjetunion verfolgt zum Beispiel eine rein defensive Politik. Auf den Ersteinsatz von Kernwaffen hat sie verzichtet. Sie versucht also gar nicht erst, eine Erstschlagsfähigkeit zu erreichen, sondern ihr Trachten geht dahin, die Zweitschlagsfähigkeit zu erhalten, so daß einem Aggressor klar sein muß, daß er bei einem Angriff einem vernichtenden Gegenschlag nicht entgehen kann. Dadurch entstehen zwar ebenfalls Kosten, aber sie liegen zunächst einmal beträchtlich niedriger als die desjenigen, der den Erstschlag plant, weil die Zweitschlagsfähigkeit, zumindest unter den jetzt gegebenen Bedingungen, oft schon durch eine zweckmäßige Umgruppierung der vorhandenen Kräfte gesichert werden kann. Beispielsweise erreicht die Sowjetunion allein durch die Aufstellung von entsprechenden Kernwaffen in der DDR und der ČSSR eine zeitliche Verschiebung der Startzeiten amerikanischer Raketen bei einem Erstschlag, die es ihr ermöglicht, Zeit zu gewinnen, um festzustellen, ob es sich bei den anfliegenden Objekten tatsächlich um angreifende Raketen handelt, um die eigenen Waffen startklar zu machen, sie gegebenenfalls auch noch rechtzeitig abzuschießen. Ein Erstschlagsplaner braucht dagegen neue, für den ersten Schlag geeignete Waffen. Sie zu entwickeln ist sehr viel kostspieliger. Die Stationierung von Atom-U-Booten im Atlantik und im Pazifik ist ebenfalls eine Möglichkeit, die Zweitschlagsfähigkeit zu erhalten...

Natürlich kommt irgendwann der Moment, an dem auch die sozialistischen Länder neue Waffen in die Produktion nehmen müssen, wenn die Schraube des Wettrüstens sich immer weiterdreht, aber sie haben auch dann beträchtliche Vorteile. Zum Wesen des Sozialismus gehört es beispielsweise auch, daß seinen Völkern ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Daraus folgt wiederum, daß sich eine breite, sehr fähige Intelligenzschicht herausgebildet hat, die dem Volk verbunden und der das Profitdenken fremd ist. Entwicklung und Produktion neuer Waffensysteme aber sind heute wesentlich intelligenz- und nicht arbeits- oder materialintensiv. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sind also bestens ausgestattet, und der Rückgriff auf Arbeitskraft- und Materialressourcen wird tragbar bleiben. Diese Intelligenz, ihre Volksverbundenheit und andere als Profitmotivation, sowie die friedliche Zielrichtung sowjetischer Politik sind übrigens zwei Gründe, weshalb der Anteil des Verteidigungsetats am Nationaleinkommen relativ niedrig ist – zum Erstaunen westlicher Geheimdienste. Dennoch werden die sozialistischen Länder immer gerüstet sein, um jeder neuen Entwicklung rechtzeitig zu begegnen. Es ist charakteristisch für die sozialistischen Länder, daß sie neue technische Entwicklungen verfolgen, selber Entwicklungen vornehmen, sie auch bis zur Produktionsreife bringen, aber die Produktion erst aufnehmen, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Es ist z. B. nur wenig bekannt, daß die erste absolut vollautomatische Fabrik der Welt nicht in den USA, sondern in der Sowjetunion aufgebaut wurde. Die Sowjetunion hat dort automatische Produktionsverfahren bis zur Reife gebracht, ohne sie jedoch schon breit einzuführen, weil das insgesamt noch ihre Kräfte überschritten hätte. Es galt damals noch, die Kriegsschäden zu beseitigen und die Industrie schnell auszubauen; Automation war noch Nebensache, auch anderswo. Wenn es nötig ist, verfügt die Sowjetunion aber über die notwendige Technik, und sie ist in der Lage, ihre gesellschaftlichen Kräfte in einem Maße zu konzentrieren, daß in kürzester Zeit auch schwerste Aufgaben gelöst werden können. Ich möchte in diesem Zusammenhang an praktische Erfahrungen erinnern: die Verlagerung und den Aufbau ganzer Industrien in den östlichen Gebieten im zweiten Weltkrieg – eine gewaltige Aufgabe; an die legendären Waffen des zweiten Weltkrieges: den Panzer T 34, die Katjuscha, ein Geschoßwerfer, beides der Schrecken der deutschen Wehrmacht, die legendäre Ka-

laschnikow; in kurzer Zeit wurde das amerikanische Atombomben- und Wasserstoffbombenmonopol gebrochen; die sowjetische Raketenentwicklung usw. Ohne Zweifel wird die neue Runde des Wettrüstens also die sozialistischen Länder belasten, umwerfen wird es sie nicht, und sie werden immer für jeden Fall gerüstet sein, die Abschreckung aufrechterhalten zu können.

Das beruhigt, aber sicherer macht das Wettrüsten die Welt nicht. Sicher macht sie nur die Abrüstung, und dafür haben wir zu sorgen.